

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/143

Bad Godesberg, den 31. Juli 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|---|---------------|
| 1 | <u>Getpolitik auf lange Sicht</u> Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen | 45 |
| 2 - 3 | <u>Von Dallinger bis Kalbrenner</u> Aufstieg und Niedergang der Bayernpartei Von Alfred Adam | 99 |
| 4 - 5 | <u>Niedersachsen im Kampf gegen den Krebs vorbildlich</u> Besachtliche Erfolge Von Klaus Rusticus | 51 |
| 6 | <u>Interessantes Experiment in der CSSR</u> Dorf mit Hochhäusern, Fernheizung und Großgaragen Arbeit in der Landwirtschaft soll attraktiver werden Von Igor Valentin, Prag | 46 |

* * *

Ostpolitik auf lange Sicht

Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen

sp - Auch für die deutsche Ostpolitik gilt der Satz, daß Rom nicht an einem Tage erbaut wurde. Übertragen auf unsere Situation bedeutet dies: Was in 17 Jahren versäumt wurde oder nicht möglich war, kann nicht in sieben Monaten nachgeholt werden. Auch die neue Bundesregierung kann nur mit Wasser kochen; es kommt aber darauf an, welche Art von Feuer zum Kochen benutzt wird...

Zus Sache: Die Bundesregierung hat sofort nach Übernahme der Regierungsgeschäfte alle bis dahin vorliegenden Berichte über die Möglichkeiten neuer Anknüpfungspunkte zur Verbesserung der Beziehungen auch zu den Ostblockstaaten geprüft und gewissenhaft analysiert. Sobald es möglich war, hat das Auswärtige Amt in vielfältiger Weise zahlreiche diskret gesponnene Fäden wieder aufgegriffen und Anknüpfungspunkte zu neuen Verhandlungen gesucht - und gefunden. Hierbei stellte sich heraus, daß die Situation in den Hauptstädten der einzelnen Ostblockstaaten zwar durchaus unterschiedlich beurteilt wird, daß aber nach wie vor die Bereitschaft besteht, eine Erweiterung des Verhältnisses zu Bonn anzubahnen. Der neue Außenminister stand dabei zunächst vor der Aufgabe, Mißverständnisse und offensichtliche Fehleinschätzungen der Absichten der neuen Bundesregierung auszuräumen.

Man weiß inzwischen jeder einigermaßen mit den Verhältnissen in den kommunistischen Ländern vertraute, daß auch dort keineswegs eine in sich geschlossene oder gar monolithische Vorstellung über die Chancen zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen besteht. Ebenso ist es bekannt, daß man in den Zentralkomitees der kommunistischen Parteien mehrerer osteuropäischer Länder in den letzten Monaten mit wechselnden Mehrheiten rechnen mußte. In dem einen Land werden die Probleme der Ost-West-Beziehungen mehr aus der Perspektive des Sicherheitsbedürfnisses gesehen, in dem anderen will man über den Weg der Ausweitung wirtschaftlicher Beziehungen zu Vereinbarungen gelangen, mit deren Hilfe, in einer späteren Phase, auch die Sicherheitsprobleme ohne Mißtrauen und Vorbehalte erörtert werden können. Daß Ostberlin hierbei als retardierender Faktor auftritt, versteckt sich am Rande.

Die Bundesregierung mußte daher und muß auch noch bis zur Stunde die Fragen der innerdeutschen Beziehungen, die ja für Bonn kein außenpolitisches Problem sind, mit allen jenen Fragen in Einklang bringen, die den Gesamt-komplex der Ost-West-Beziehungen betreffen.

Diese Arbeit erfordert ein Höchstmaß an Umsicht und Takt. Nichts wäre törichter, als würde durch ungeduldiges Verhalten der Eindruck entstehen, in Bonn mache man Ostpolitik mit dem Ziel, den einen gegen den anderen Verhandlungspartner im kommunistischen Machtbereich auszuspielen zu wollen. Deshalb hat der Außenminister auch in diesen Tagen wieder zu bedenken gegeben, daß spektakuläre Ergebnisse bei den vielschichtigen Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen der Bundesrepublik zu ihren östlichen Nachbarn nicht zu erwarten seien. Er wäre ein schlechter Außenminister, wollte er sich anders verhalten.

Von Lallinger bis Kalbrenner

Aufstieg und Niedergang der Bayernpartei

Von Alfred Adam

In der bayerischen Nachkriegsgeschichte neigt sich ein prickelndes Kapitel seinem Ende zu. Nach der Wiederaufbauvereinigung (WAV) des berühmt-berüchtigten Dr. Alfred Loritz und der als BRE bekannteren Gesamtdeutschen Partei beginnt die Bayernpartei, letzter der nach 1945 am Weiß-blauen Himmel aufgegangenen Kometen, zu verglimmen. Nachdem kurz vor der Landtagswahl 1966 die Berufung des jungen, agilen Oberregierungsrates im bayerischen Staatsministerium der Finanzen, Dr. Helmut Kalbrenner, die Partei noch einmal hatte hoffen lassen, scheint jetzt das Ende langsam aber sicher immer näher zu rücken. Kalbrenner hat sein Amt als Vorsitzender niedergelegt und weit und breit ist kein geeigneter Nachfolger in Sicht. Aber nicht nur Führungsschwierigkeiten sind es, die die Bayernpartei zur politischen Bedeutungslosigkeit treiben, sondern in einer Zeit, in der die nationalen Grenzen immer mehr verschwinden, ist einfach kein Platz mehr für Partikularisten.

Wer sich mit der Geschichte der Bayernpartei beschäftigt, darf nicht 1945 beginnen. Bis zur napoleonischen Zeit sahen sich die Bayern in ihren Stammes-Eigenleben weitgehend unbehelligt. Der erste königliche Regierungschef, Maximilian von Montgelas, schreckte die Bajuwaren aus ihrer Bierruhe auf. Von aus der Pfalz nach München geholten Beamten, von durch die Herrscher verpflichteten "preußischen" Künstlern und Wissenschaftlern sowie von "in Scharen auftauchenden Fremden" sahen sich manche Bayern be- und schließlich verdrängt. Erste Reaktion waren giftige Kommentare vor allem christlicher Blätter, mit der Zeit kamen partikularistische Gedanken auf. Kinder dieser Ideen waren im Laufe der Jahre die Bayerische Patriotenpartei, der nach der Revolution 1919 entstandene Heimat- und Königsbund, der Bauernbund, die Bayerische Volkspartei und schließlich, als die Letzte ihres Stammes, die Bayernpartei.

Als der Münchner Polizeibeamte Ludwig Max Lallinger 1946 daran ging, eine eigene bayerische Landespartei zu gründen, war der Boden für die föderalistische Aussaat - Gegner bezeichneten das Saatgut allerdings als Separatismus - fruchtbar wie selten. Hunderttausende aus dem Osten nach Bayern hineingepreßte Flüchtlinge und Vertriebene, eine ständig verschlechternde Versorgungslage und all die vielen anderen Schrecknisse eines verlorenen Krieges gaben eine fette Ackerkrume ab. Die Lizenzierung der Partei zog sich jedoch lange hin, denn bei aller Ablehnung der Amerikaner gegenüber einem zentralistischen deutschen Staat war ihnen der von Lallinger geforderte "unabhängige Status Bayerns" des Guten zuviel. Erst der frühere CSU-Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Dr. Joseph Baumgartner, ein ehemaliger Volksparteiler und Schüler des "Bauerndoktors" Hein, erreichte die Lizenzierung. Nach dem vorgelegten Parteiprogramm strebte die Bayernpartei die Bildung der "Vereinigten Staaten von Europa" mit Bayern als einem Mitgliedsstaat an, verlangte einen Staatspräsidenten und christliche Gesinnung als Basis der Regierung in Bayern. Weiter trat die BP für einen Ständerat - daraus wurde der Bayerische Senat - ein, der alle Berufe und Handwerke umschließen und dem Landtag gleichgestellt werden sollte. In seiner Zeit war dieses Programm vor allen in den bayerischen Stamm-

landen recht anziehend, daneben sicherten der Hungerwinter 1947/48 und Schwierigkeiten bei der Ablieferung starken Zulauf.

"Der großschlächtige bayerische Hammer hat schon jetzt gecliffen, die absolute Mehrheit der CSU zu zerschlagen und wird es noch besser tun", kommentierte der Publizist Peter Maslowski das Ergebnis der ersten Wahl unter Beteiligung der Bayernpartei. Bei der Bundestagswahl 1949 erzielten Baumgartner und seine Freunde 20,6 Prozent der Stimmen in Bayern, das bedeutete 17 Sitze. Bei der Landtagswahl 1950 war das höchste erzielte Ergebnis 17,9 Prozent.

Obwohl die BP bei der Landtagswahl 1954 Stimmenverluste hinnehmen mußte, brachte sie es gerade in den folgenden Jahren zu höheren Ehren. Die Bayernpartei wurde ein Partner der "Vierer-Koalition" unter dem Sozialdemokraten Professor Dr. Wilhelm Hoegner. Drei Jahre funktionierte die Koalition, dann ließ der BHE den Verlockungen der CSU sein Ohr. Nachdem so die Koalition ins Wanken geraten war, wurde auch die Bayernpartei-Fronde erschüttert - so stark erschüttert, daß sie sogar ein Zusammengehen mit dem Erzfeind CSU schriftlich vereinbarte. Die CSU hielt jedoch ihr Versprechen nicht, ihr genigten die Stimmen von BHE und FDP zur Regierungsbildung.

Hatten die Assistenten beim Begräbnis der Vierer-Koalition und die Verhandlungen mit der CSU schon die Sympathien vieler Anhänger gekostet so sollte es für die BP noch dicker kommen. In den neuerrichteten Spielbanken verspielten einige prominente BP-Politiker ihr und ihrer Partei noch gebliebenes Glück. Dr. Baumgartner, Dr. Geislmayringer und Max Klotz schworen vor einem Untersuchungsausschuß des Landtags, der Licht in das Dunkel um die Konzessionierung der Spielbanken bringen sollte, sie hätten sich in keiner Weise durch Geld oder Sachwerte bestechen lassen. Genau gegenteiliger Ansicht war 1959 das Gericht, das wegen Meineids hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen aussprach. Daß die CSU, Initiator der Untersuchung, dabei nicht die beste Rolle gespielt hatte, war in der Urteilsbegründung zu hören: Das Gericht bescheinigte den Vernehmungspersonen - Dr. Alois Hundhammer und Rudolf Hanauer - sittenwidriges Verhalten. Als Dr. Baumgartner, den das Urteil nicht nur politisch tot gemacht, sondern auch gesundheitlich den Tod nähergebracht hatte, am 21. Januar 1964 gestorben war, schrieb die SÜDBEUTISCHE ZEITUNG: "Vielen blieb freilich das Gefühl, daß dabei (beim Meineidsprozeß) nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei und daß hier einen Mann übel mitgespielt worden war, der bei allen Unzulänglichkeiten einen solchen Abgang eigentlich nicht verdient hatte."

Nach Baumgartners Rücktritt sah die Bayernpartei ihr Heil in einer Annäherung an die CSU. 1962 schaffte sie mit Ach und Krach den Einzug ins Maximilianeum, 1966 landete sie unter "ferner Liefer". Daran hatte auch der Vorsitzende Dr. Kalbrenner nichts ändern können: zu desolat war der Zustand der Organisation, zu sehr hatten sich die Ideen überholt. - Der Rücktritt des Vorsitzenden erfolgte wegen Streitereien, die sich aus der Umbenennung der Bayernpartei in Bayerische Staatspartei ergeben hatten, in der Kalbrenner das Mittel zu einem Comeback sah. So wenig erfolgreich dieser Wunsch geendet hatte, so ist doch zu sagen, daß nach Kalbrenners Rücktritt die BP sich auch der letzten Möglichkeiten begeben zu haben scheint, wenigstens noch örtlich - in den ländlichen Gegenden der altbayerischen Gebiete - eine bescheidene Rolle zu spielen.

Niedersachsen im Kampf gegen den Krebs vorbildlich

Beachtliche Erfolge

Von Klaus Rusticus

Trotz ihrer besonders angespannten Finanzlage will die niedersächsische Landesregierung (SPD/CDU-Koalition) weiterhin Maßnahmen der Krebsbekämpfung fördern. Niedersachsens Sozialminister Kurt P a r t z s c h , der bereits in früheren Jahren für spezialmedizinische Maßnahmen auch auf anderen Gebieten hervorgetreten ist, hat sich nachdrücklich dafür ausgesprochen.

Fachleute beziffern die gegenwärtige Zahl der Krebskranken in Niedersachsen auf ca. 35 000. Etwa 15 000 Neuerkrankungen kommen in jedem Jahr hinzu. Die Zahl der Menschen, die jährlich in Niedersachsen an Krebs sterben, ist ebenso hoch. Etwa genau so viele Menschen kommen im Bundesgebiet bei Verkehrsunfällen zu Tode.

Arbeitsgemeinschaft für Krebsbekämpfung

Niedersachsen war eins der ersten Bundesländer, die der gefährlichen Krankheit den "organisierten Kampf" ansagten. Seit eineinhalb Jahrzehnten besteht eine "Arbeitsgemeinschaft für Krebsbekämpfung". Sie klärt über die Gefahren der Krebserkrankungen auf, trägt wesentlich dazu bei, "Krebs" möglichst früh zu erkennen und forciert vor allem die wichtige Gensungsfürsorge sowie Nachbehandlung.

Diese Arbeitsgemeinschaft plädiert vor allem auch für die klinische Krebsforschung. Einen Abschnitt davon erblickt sie in der ärztlichen Fortbildung, die gemeinsam mit der Ärztekammer vorangetrieben wird. Ohne die weitestgehend finanzielle Förderung durch das niedersächsische Sozialministerium und die Versicherungsanstalten wäre die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft schon lange nicht gesichert gewesen. Innerhin veranstaltete sie in den fünfzehn Jahren ihres Bestehens 600 Aufklärungsvorträge mit ca. 500 000 Teilnehmern.

Beispielhafte Organisation

Auf dem Gebiet der Krebsbekämpfung wurde seit 1952 eine beispielhafte Organisation entwickelt. So arbeiten 45 Stellen, die mit Spezialgeräten ausgestattet sind, bei den Untersuchungen krebserkrankter Menschen mit den Ärzten zusammen. Acht Stellen für Zellenuntersuchungen wurden

besonders gefördert. Derartige Spezialuntersuchungen sind außerdem an siebzehn weiteren Stellen, besonders in modernen Krankenhäusern möglich.

Rechtzeitig erkannter Krebs ist fast immer heilbar! Das gilt grundsätzlich für die niedersächsische Arbeitsgemeinschaft, die deshalb auch besonders Vorsorgeuntersuchungen auf Anfangssymptome bösartiger Geschwulste unterstützt.

Die Genesungsfürsorge ist wichtig.

Man weiß, daß nicht nur vielfach mangelhafte Aufklärung, sondern auch die Gleichgültigkeit des Menschen die Wurzel dieser schleichenden Krankheit sind. Das gilt nicht nur für die Früherkennung, sondern auch für die Nachbehandlung bzw. Genesungsfürsorge entlassener Patienten, denen in Niedersachsen immer mehr Kurheime geöffnet werden. Für diesen Zweck wurden in den letzten zwölf Monaten ca. 8 000 meist vierwöchige Kuren mit mehr als 2,6 Millionen DM finanziert. Bei 93 Prozent der nachbehandelten Frauen und 87 Prozent der Männer wurde die Genesungsfürsorge als ausreichend bis gut bezeichnet. Allein das auf Nachbehandlung spezialisierte Krankenhaus Deisterhort in Bad Münder hatte bisher nahezu 11 000 Patienten.

Dokumentation an der Universität Göttingen

Das niedersächsische Sozialministerium weiß um die Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung. Es fördert vor allem die Spezial-Untersuchungsstelle für die Dokumentation des Krebskranken, die von der niedersächsischen Arbeitsgemeinschaft an der Universitäts-Frauenklinik in Göttingen unterhalten wird.

In Niedersachsen zieht man heute aus all diesen Maßnahmen das Resümee, daß die Heilungsaussichten für Krebskranke in den letzten Jahren deutlich besser geworden sind. Man weiß aber ebenso gut, daß es in erster Linie der Mitarbeit aller bedarf, diese Aussichten noch zu verstärken. Sich frei machen von einer oft unnatürlichen Scheu der Untersuchung, dieses Gebot sollte immer respektiert werden.

Der Kampf gegen den Krebs ist nicht die alleinige Aufgabe der Mediziner. Weil man das in Niedersachsen erkannt hat, bemüht sich die Arbeitsgemeinschaft immer wieder, in die Öffentlichkeit vorzudringen.

Interessantes Experiment in der CSSR

"Dorf" mit Hochhäusern, Fernheizung und Großgaragen

Von Igor Valentin, Prag

In westböhmischen Kaiserwald hat Prag ein ungewöhnliches Experiment mit dem Ziel gestartet, die Lebensbedingungen eines Dorfes denen einer Stadt so weit wie möglich anzugleichen. Auf diese Weise sollen junge Menschen für die Landwirtschaft und das Leben in einem "modernen Dorf" gewonnen werden. Das neue Dorf heißt Rovna. Es wird das "erste sozialistische Dorf in der Tschechoslowakei" genannt. Ohne Zweifel ist das in Gang befindliche Experiment nicht nur für den Ostblock ungewöhnlich, auch im Westen fehlen dafür Beispiele. In der Sowjetunion hat sich zwar das Aussehen der Kolchosdörfer in den letzten Jahren verändert, doch der Versuch Chruschtschows, "städtische Dörfer" zu bauen, ist nicht verwirklicht worden. Rovna dagegen - derzeit etwa zur Hälfte aufgebaut - gleicht eher einer Stadtrand siedlung. Mit einem Aufwand von rund 100 Millionen Kronen (nach offiziellem Kurs 58 Millionen DM) entstehen in Rovna vier achtgeschoßige Hochhäuser mit je 42 Ein- bis Vierzimmerwohnungen, sowie 26 Einfamilienhäuser. Alle Häuser werden ferngeheizt, die Wohnungen besitzen Badezimmer oder Duschen. Auch Wohnungen mit Balkonen sind vorhanden. Dazu wird eine vierstöckige landwirtschaftliche Internatsschule für 200 Zöglinge eingerichtet, ferner eine Neunklassenschule gebaut, ein Kindergarten, ein Kaufhaus, ein großes modernes Kino, eine Gaststätte und alle erforderlichen Dienstleistungsbetriebe. Bis 1970 soll das neue Dorf fertig sein. Zugleich werden die notwendigen Wirtschaftsgebäude erstellt.

Das Dorf wird für einen landwirtschaftlichen Betrieb errichtet, es ist somit ein Kolchosdorf. Die zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörigen 5.000 ha Land sollen intensiv und mit modernen Maschinen bearbeitet werden. Ein Stall für 600 Rinder wird errichtet. Neben modernen Lagerräumen werden Großgaragen für Traktoren und andere landwirtschaftliche Maschinen gebaut. In unmittelbarer Nähe des Dorfes soll eine Gartenkolonie mit zentraler Geflügelzucht eingerichtet werden, damit die Dorfbewohner täglich ihre frischen Eier erhalten. Die Selbstversorgung mit Schweinefleisch soll zentral geregelt werden.

Die ersten 45 Familien sind bereits in die beiden komplett fertiggestellten Hochhäuser eingezogen, das moderne Dorfleben hat begonnen. Es sind durchwegs junge Leute, die eingezogen sind. Das Durchschnittsalter beträgt 28 Jahre. Die Bewohner von Rovna kommen aus allen Teilen der Tschechoslowakei. Voraussetzung bei der Bewertung ist Straffreiheit und die Qualifikation für einen landwirtschaftlichen Beruf. Besondere Chancen haben Traktorführer und ähnliche Berufe. Unter den Bewerbern befinden sich auch junge Leute aus großen Städten.

Das neue Dorf ist zur Nutzbarmachung der Ackerflächen des Kaiserwaldes errichtet worden. Ein Problem macht bisher noch Kopfschmerzen: für die Frauen gibt es nicht genügend Arbeit. Es wird mit dem Betrieb Tosta verhandelt, der eine Zweigstelle für die Handschuhherstellung mit 40 bis 50 weiblichen Arbeitsplätzen nach Rovna verlegen soll. In Rovna ist man davon überzeugt, daß das "Dorf der Hochhäuser" ein entscheidender Schritt nach vorwärts ist und daß es das "Dorf der Zukunft" darstellt.